

FDP.Die Liberalen fasst Parolen für die Abstimmungen am 9. Juni 2024

FDP mit klarem Profil

Die Parteiversammlung der FDP.Die Liberalen des Kantons Zug hat folgende Parolen zu den kommenden Abstimmungen gefasst:

Eidg. Abstimmungen vom 9. Juni 2024

- Prämien-Entlastungs-Initiative: **Nein**
- Kostenbremse-Initiative: **Nein**
- Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»: **Nein**
- Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes: **Ja**

Kantonale Abstimmungen vom 9. Juni 2024

- Velonetz-Initiative: **Nein**
- Transparenz-Initiative und Gegenvorschlag:
 - Transparenz-Initiative: **Nein**
 - Gegenvorschlag: **Nein**
 - Falls beide angenommen werden: **dann Gegenvorschlag**

Prämien-Entlastungs- und Kostenbremse-Initiative

Beide Initiativen sind nicht nach Ansicht der Zuger FDP nicht zielführend! Ständerat Matthias Michel hat klar und verständlich aufgezeigt, dass die Prämienentlastungsinitiative für den Bund und die Steuerzahler nicht zu finanzieren ist. Nach der Einführung der 13. AHV-Rente und einer daher wahrscheinlich notwendigen Erhöhung der Mehrwertsteuer müsste diese zusätzlich um weitere 2.3% angehoben werden, um die Prämienentlastung zu finanzieren. Die Kosten für Bund und Kantone für die Prämienentlastung werden auf CHF 4.5 Mrd. pro Jahr veranschlagt und die heute kostenbewussten Kantone wie der Kanton Zug würden bestraft. Bei einer Ablehnung der Prämien-Entlastung tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft: Er legt für die Kantone einen Mindestsatz für die Prämienverbilligung fest.

Die Kostenbremse-Initiative formuliert einen einseitig auf die Kosten fokussierten Auftrag an das Parlament, welcher die Versorgungssicherheit und vor allem die Qualität im Gesundheitswesen gefährden; dies wegen eines starren Kostenmechanismus. Auch bei der Ablehnung der Kostenbremse-Initiative tritt automatisch ein Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft, welcher den Bundesrat beauftragt, klare Ziele für das Kostenwachstum in der obligatorischen Grundversicherung festzulegen in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern.

Das grösste Sparpotential sieht SR Michel bei den Kantonen und deren Spitalplanung. Der Kanton Zug hat sich auf zwei Spitäler konzentriert und liegt damit bei den Gesundheitskosten schweizweit an drittbesten Stelle! Weiteres Sparpotential für die Grundversicherten liegt in der Schaffung z.B. einer Budget-Krankenkasse mit einem entschlackten Leistungskatalog.

Die Parteiversammlung fasste für beide Initiativen einstimmig die Nein-Parole.

Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

Die existierende Bundesverfassung schützt in Artikel 10 das Recht auf körperliche Unversehrtheit schon heute sehr stark und effektiv. Parteipräsident Daniel Gruber legte dar, dass die geltenden Verfassungsgrundlagen die Bürgerrechte ausreichend schützen und auf Verfassungsebene einfach und grundlegend gehalten werden sollen.

Die Parteiversammlung folgte dieser Sichtweise und beschloss einstimmig die Nein-Parole.

Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes („Mantelerlass“):

Mit der laufenden technologischen Entwicklung ist Strom zu unserem wichtigsten Energieträger geworden und ist dabei, Erdöl und Gas weitestgehend abzulösen. Nicolas Burnier, Präsident der Zuger Jungfreisinnigen, legte mit nachvollziehbaren Argumenten dar, wie wichtig der Ausbau der einheimischen Energiequellen ist. Dadurch erhöhen wir die Versorgungssicherheit der Schweiz nachhaltig. Wir verringern die Abhängigkeit vom Ausland, und wir erhöhen die Wertschöpfung im Inland. Zurzeit kaufen wir Energie im Wert von CHF 1 Mia. pro Monat im Ausland ein. Mit dem Ausbau der inländischen Energieproduktion können wir einen Teil dieser Wertschöpfung in die Schweiz holen.

Die Parteiversammlung fasste die Ja-Parole für den Mantelerlass mit einer Gegenstimme.

Kantonale Velonetz-Initiative:

Es ist unbestritten, dass Velowege im Kanton Zug weiter ausgebaut werden sollen! Baudirektor Florian Weber legte dar, wie der Ausbau der Velowege über das Mobilitätskonzept und über den Richtplan gesteuert werden. Die Velonetz-Initiative will den Ausbau der Velowege in hohem Detaillierungsgrad mit 8 Punkten in die Verfassung schreiben. RR Weber legte dar, dass 7 der 8 Forderungen bereits jetzt schon erfüllt seien und dass an ihrer Umsetzung auch weiterhin gearbeitet werde. Die verlangte vollständige Trennung von Velorouten und Hauptverkehrsachsen wird angestrebt und laufend perfektioniert, ist aber am Ende angesichts der vorhandenen räumlichen Verhältnisse auch bei Annahme der Initiative nicht vollständig umsetzbar.

Da die Anliegen der Velonetz-Initiative schon sehr gut in der Umsetzung und in der weiteren Planung liegen, empfiehlt die FDP einstimmig die Ablehnung dieses unnötigen Verfassungszusatzes.

Kantonale Transparenz-Initiative und Gegenvorschlag:

Mit der Einführung der Transparenz bei der Politikfinanzierung ab den nationalen Wahlen 2023 waren grosse Hoffnungen verbunden, die aber mehrheitlich nicht erfüllt werden konnten. Michael Brunner, damaliger Co-Wahlkampfleiter und jetziger Kommunikationschef der Zuger FDP, führte aus, welcher erheblicher Aufwand mit Erfassung, Verarbeitung, Kontrolle und Publikation der Finanzdaten verbunden war bei Verwaltung und politischen Akteuren. Der Erkenntnisgewinn für die Öffentlichkeit war am Ende sehr gering. Wenn jetzt auf kantonaler Ebene mit der Transparenz-Initiative und dem Gegenvorschlag des Kantonsrats dasselbe auch im Kanton Zug versucht werden soll, macht das sehr wenig Sinn. Mit der Transparenz-Gesetzgebung werden einzig die Geldflüsse durch Parteien und Abstimmungs- oder Wahlkomitees erfasst. Dauer-Propaganda von Verbänden, NGOs, Einfluss der Presse, der Einfluss von Algorithmen in sozialen Medien sowie der Einsatz von Freiwilligenarbeit, all diese Elemente bleiben aussen vor. Jill Nussbaumer wies im Laufe der Diskussion darauf hin, dass das berechnete Interesse der Stimmbürger an der Politikfinanzierung bestehe und dass die politischen Akteure in der Pflicht stehen, Einblick in ihre Geldquellen zu gewähren.

Im Sinne von "mehr Freiheit – weniger Staat" entschied sich die FDP für zweimal Nein zur kantonalen Transparenz-Initiative (32:1) und zum Gegenvorschlag (28:5). Sollten Initiative und Gegenvorschlag angenommen werden, empfiehlt die FDP die Annahme des Gegenvorschlags (einstimmig).

Kontakte für Medienanfragen:

Michael Brunner, Kommunikation, 079 507 86 05

Zug, 10. April 2024

Bilder:

